

Für Grasser ist jeder Tag
Weltspartag!

Bis zu 300 Milliarden Schilling will die Bundesregierung in den nächsten drei Jahren einsparen, Doch wer vom "Nulldefizit" spricht, meint in Wirklichkeit Nulllohnstunden und die weitere Zerschlagung des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesens. Privatisierung wird zum Dogma erklärt: Selbst Wald, Wiesen und Wasser sollen in Zukunft der unmittelbaren Verwertung privater Unternehmen unterstellt werden. Und während die Bundesregierung und die EU einen Eiertanz um die Aufhebung der "Sanktionen" aufführen, droht die Regierung ihren GegnerInnen. Klagen und Polizeibesitzungen sollen die wöchentlichen Demonstrationen gegen Blau-Schwarz verhindern.

VON JOHN EVERS
SLP WIEN SÜD

Die Stärke dieser Regierung besteht in erster Linie aus der Unfähigkeit und Schwäche der Opposition. Sowohl die SPÖ wie auch die Grünen bekennen sich in den Leitlinien zur Regierungspolitik: Budgetsanierung, Sparpolitik und Privatisierung.

ÖGB-FÜHRUNG KAPITULIERT VOR DEN „SACHZWÄNGEN“ DER BUDGETPOLITIK

Bei der ÖGB - Führung ist nach dem Aktionstag im Juni nicht nur “die Luft draussen” – es herrscht auch Chaos und Sprachlosigkeit. Wesentliche Teile der Gewerkschaftsspitze scheinen noch immer nicht verstanden zu haben, dass die Zeit der alten Sozialpartnerschaft endgültig vorbei ist. Wie ein Symbol für dieses Unvermögen steht das Verhalten des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Gewerkschafter Rudolf Nürnberger während des ÖGB-Aktionstages.

Anstatt mit den betroffenen KollegInnen gegen die Bundesregierung zu demonstrieren frühstückte FSG und „Metaller“-Vorsitzende Nürnberger lieber öffentlich mit dem Chef der Industriellenvereinigung Peter Mitterbauer (siehe format 28/2000). Doch im Dialog ist mit den Unternehmervetretern, die hinter dieser Regierung stehen, überhaupt nichts im Sinne der ArbeitnehmerInnen zu lösen.

"ARMENSTEUER" STATT "REICHENSTEUER"

Die Versprechen von Kanzler Schüssel und Vizekanzlerin Riess-Passer vom

Belastungsstopp sind von dieser Regierung schon längst gebrochen worden: Ein großer Teil des heurigen (50 Milliarden) Sparpakets ist durch Gebührenerhöhungen (z.B. Rezept- und Reisepassgebühren) zustande gekommen. In dieser Tonart soll es auch weiter

gebühren, die sich auch Bildungsministerin Gehr vorstellen kann. Eines wird es von dieser Regierung sicher nicht geben: Eine Reichensteuer. Sie war auch nie geplant: Die Finanzminister Grasser und Jörg Haider in den Mund gelegte Forderung nach der Erhöhung des Spitzensteuersatzes um drei Prozent macht gerade 3 Milliarden Schilling aus. Das wäre – angesichts der geplanten Sparmaßnahmen – nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

STEHT EINE ERHÖHUNG DER MEHRWERTSTEUER VOR DER TÜR?

Tatsächlich kristallisiert sich aus den Studien die "objektive" Wirtschafts-

erhöhungen – Menschen mit niedrigem Einkommen unverhältnismäßig stärker.

MASSIVE LEISTUNGSVERSCHLECHTERUNGEN

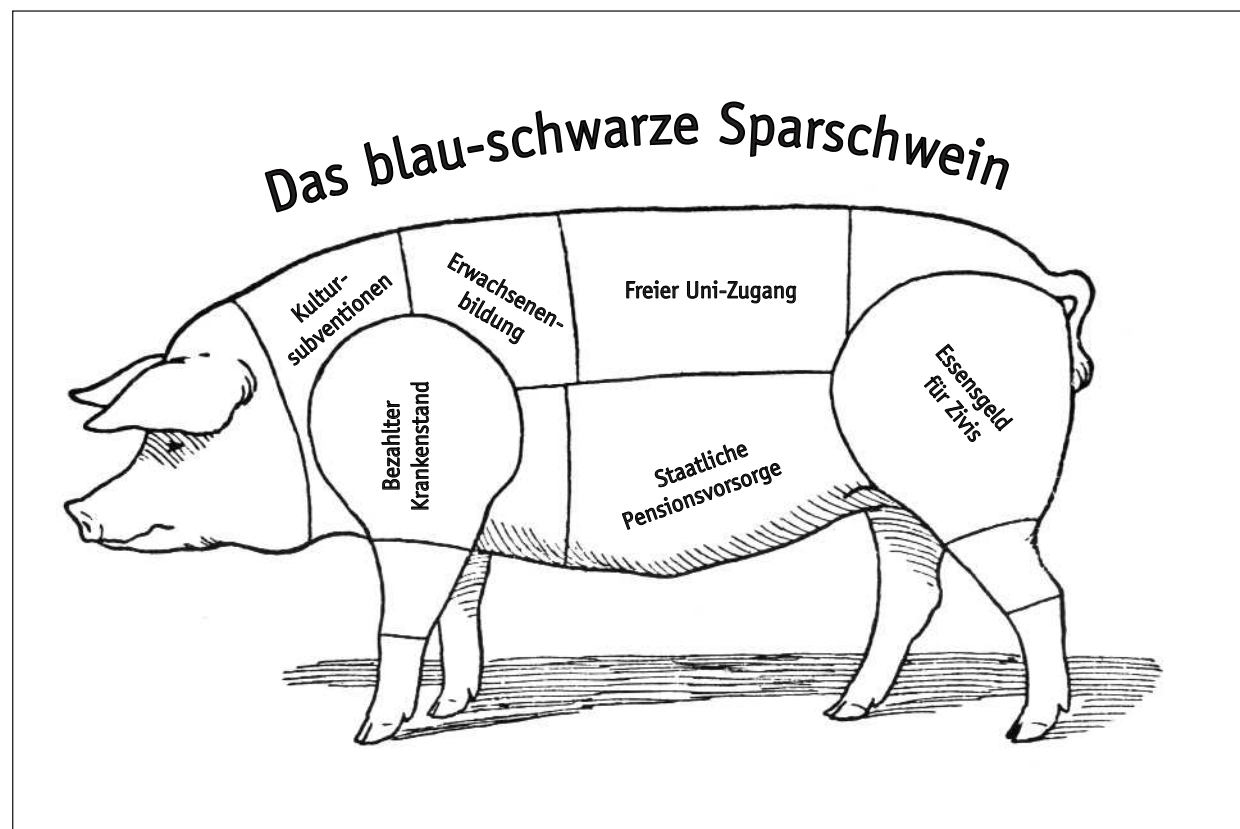
Die ebenfalls vorgesehenen Einsparungen bedeuten zur selben Zeit sinkende Lebensqualität für den Großteil der Bevölkerung. 13.000 Beamte weniger werden zusammen mit den geplanten Privatisierungen in der Höhe von bis zu 400 Milliarden nicht nur eine Verschlechterung der Arbeitssituation der dort Beschäftigten ergeben.

Es sind damit auch massive Leistungskürzungen für die Allgemeinheit – sprich für die arbeitende Bevölkerung – ver-

Krankenhäuser (Landeskrankenanstalten). Ein großer Schlag wäre die Zerschlagung des Sozialversicherungssystem: Die sogenannte Wahlfreiheit bringt mit sich, dass einige junge Gesunde sich günstig privat versichern, während ältere und kranke Menschen keine Chance auf eine angemessene Versorgung mehr haben. Ähnliches gilt für die geplante "Privatisierung" des Pensionssystems: Wer im Arbeitsleben schon wenig verdient, droht im Ruhestand unter die Armutsgrenze zu fallen. Übertrieben sind solche Prognosen angesichts von bis zu 1.5 Millionen Menschen die in Österreich unmittelbar an oder unter der Armutsgrenze leben sicher nicht. Das Problem dabei ist nur, dass nicht einmal die Versicherungen ein reges Interesse an einer Abkehr von der Pflichtversicherung zur Versicherungs-pflicht haben. Sie machen mehr Geschäft mit den Zusatzversicherungen als mit den Pflichtversicherungen.

KAMPFMAßNAHMEN SIND DIE ANTWORT!

Die Regierung weiss, welcher Zündstoff in den geplanten Maßnahmen liegt. Derzeit bekommt den Unmut nur die FPÖ direkt zu spüren. Ihnen laufen die WählerInnen in Scharen davon. Genau hier liegt im Moment auch der Sprengsatz in dieser Regierung. Durch das Beharren auf einer Volksbefragung und durch Scheinkritik an einzelnen Regierungsmitgliedern wollen Teile der FPÖ punkten und selbst die Oppositionsrolle zur eigenen Regierung spielen. Auch Rassismus – siehe Haider's Anspielungen auf die angeblich tschechische Herkunft Erhard Buseks - wird wie die Hetze gegen RegierungsgegnerInnen eine stärkere Rolle in der FPÖ-Propaganda spielen. Ob diese Rechnung aufgeht, liegt an der Qualität der Widerstandsbewegung gegen Blau-Schwarz. Die Demonstrationen allein werden diese Regierung ebenso wenig zu Fall bringen, wie Widerstand, der nur auf einzelne Bereiche beschränkt bleibt. Notwendig wäre ein heisser Herbst durch



gehen. Beim Besuch einer Ambulanz werden in Zukunft öS 250,- zu bezahlen sein. Sogar bei Überweisung durch den Arzt greift uns die Regierung mit öS 150,- in die Tasche.

Doch damit nicht genug: ÖVP-Jugendsprecher Amon fordert Studien-

forscher für die Regierung erstellt haben, eine ganz andere Maßnahme heraus: Gefordert wird hier nämlich die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Diese Maßnahme wäre aus Regierungssicht logisch: Sie träfe – genauso wie die geplanten, bzw. bereits umgesetzten Gebühren-

bunden: Sechs Milliarden sollen alleine bei der Bildung gespart werden. Die 30 Milliarden Sparvolumen bei den Ländern und Gemeinden bedeuten in der Realität: Ebenfalls weniger Bildung (Landeslehrer), weniger Kultur (Theatersubventionen) und schlechtere

Die „Steuerschraube“

Aus dem Höheflug der FPÖ der letzten einhalb Jahrzehnte wurde seit der Regierungsbeteiligung ein Sinkflug. Um von den schlechten Umfragewerten abzulenken, haben Finanzminister Grassler und sein "Schattenkanzler" Haider das mediale Sommerloch zu einer kurzen Diskussion über eine etwaige Erhöhung des Spitzensteuersatzes genutzt. Mit der Realität hat das allerdings zu tun. Unter dem Schlagwort "Nullbudget 2002" wird in nahezu allen Bereichen gekürzt und von "Wirtschaftsforschern" eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gefordert. Und das, obwohl Österreich heute schon bei der Gewinnbesteuerung das Schlußlicht der EU und OECD ist. Wo das Geld tatsächlich zu holen wäre, finden sie auf

Elefantenhochzeiten

Die Welle der Fusionen scheint kein Ende zu nehmen. Mercedes fusioniert mit Crysler, die Londoner mit der Frankfurter Börse, Exxon mit Mobil, AOL mit Time-Warner, Renault steigt bei Nissan ein – um nur wenige Beispiele zu nennen. „Grösser ist besser“ ist die aktuelle Devise. Fragt sich nur warum und vor allem was damit bezweckt werden soll?

Schenkt man/frau den Medien und Pressestellen der Konzerne glauben, werden damit sogar langfristig Arbeitsplätze gesichert. Schließlich gilt es sich gegenüber den anderen Konkurrenten besser behaupten zu können. Dazu müssen dann halt "Strategische Partnerschaften" eingegangen werden. Was davon wirklich zu halten ist lesen sie auf

Gelebter Internationalismus

Mittlerweile hat die Sommerschulung des KAI (Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale) bereits Tradition. Auch dieses Jahr trafen sich im Juli rund 250 GenossInnen, um eine Woche in Belgien über sowohl grundsätzliche wie auch aktuelle Themen zu diskutieren. Die Palette reichte dabei von einer Einschätzung der Wirtschaft und ihren Entwicklungsmöglichkeiten über die Aufgaben revolutionärer Parteien bis hin zu Beispielen einzelner Sektionen. Einen ausführlichen Bericht über die Haupteckpunkte der Diskussionen, die Situation und Entwicklungen in Israel zu einer neuen ArbeiterInnenpartei und der Arbeit unserer irischen Sektion mit ihrem Parlamentsabgeordneten Joe Higgins gibt es auf

ndpunkt + Der Standpunkt + Der Standpunkt + Der



SONJA GRUSCH, SLP-BUNDESSPRECHERIN

SENSIBILISIERUNG GEGEN NEONAZIS
Viele Verletzte und Tote brauchten bürgerliche Medien und Politiker in Deutschland bis sie erkannten, dass der rechte Terror eine Gefahr ist. Lange ignorierten sie ermordete Schwarze, geprügelte VietnamesInnen und terrorisierte AntifaschistInnen. Bei Demonstrationen der Rechten schützte die Polizei die braune Brut, linke GegendemonstrantInnen bezogen regelmäßig Prügel. Aber die steigende Zahl von Übergriffen und die Sensibilisierung im Zuge der Causa Österreich und FPÖ führt zu einer Diskussion, wie mit der rechten Gefahr umzugehen sei.

LAW AND ORDER
Die Vorschläge sind ein “Best of” aus mehr “Law and Order” - Politik. CDU-Chefin Merkel hofft mit ihren Vorschlägen (Schnellgericht für rechtsextreme Straftäter, Sonderermittler, zentrale Erfassungsstelle) auf Unterstützung für ihre durch die Kohl-Spenden-Affäre angeschlagene Partei. Denn in der deutschen Bevölkerung fordert die überwiegende Mehrheit ein schärferes Vorgehen gegen die rechte Gewalt, zwei Drittel sind für ein Verbot der faschistischen NPD. Diese grundsätzlich zu

Nazis verbieten?

begrüßende, antifaschistische, Haltung der Bevölkerung wird von rechten Parteien wie der CDU, aber auch der FPÖ, mißbraucht um gegen Linke vorzugehen. In der jüngsten Debatte vergießt Rechtsaußen Andreas Mölzer ein paar Krokodilstränen über ein “bedrohliches Gewaltpotential”, um dann in einen Rundumschlag gegen Linke, speziell den Widerstand gegen die blau-schwarze Regierung und die FPÖ überzugehen. Es ist derselbe Mölzer, der im Oktober dieses Jahres einige “interessante Leute” nach Wien einlädt. Darunter die Führer des belgischen faschistischen Vlaams Blok, Dewinter, und Megret vom faschistischen Mouvement National Republicain, einer Abspaltung von der französischen Front National.

DIE WURZELN BEKÄMPFEN
An den Ursachen dafür, dass faschistische und rechtsextreme Organisationen Zulauf haben, werden aber weder Verbot noch moralische Appelle etwas ändern. Es ist kein Zufall, dass diese gerade in Ostdeutschland stärker werden, wo das Lohnniveau noch weit unter, die Arbeitslosigkeit aber weit über dem westdeutschen Niveau liegt. Die Tour eines Bundeskanzlers Schröder, der selbst für Sozialabbau und restriktive AusländerInnenpolitik steht wird daran nichts ändern. Keine der etablierten Parteien hat ernstzunehmende Konzepte gegen die rechte Gefahr, ebensowenig wie gegen die FPÖ. Was es hier braucht ist die Kombination einer 1. klar antikapitalistischen, sozialistischen Politik, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung auftritt mit 2. einem entschlossenen Auftreten gegen die braune Brut.
Wie? Mit Demonstrationen, Kundgebungen und dem Verhindern ihrer Veranstaltungen. Durch eine Gewerkschaft die für die Interessen ihrer Mitglieder und gegen die Spaltungstaktik der Rechten aktiv wird. Malcom X hat einmal gesagt “Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rasismus” und damit die Antwort geliefert, wie die rechte Gefahr effektiv und dauerhaft bekämpft werden muss.

Wahlkampf braucht Geld

Bitte spendet!

Die wiener Gemeinde- und Landtagswahlen im März 2001 werden aller höchster Wahrscheinlichkeit nach zu einer Materialschlacht der etablierten Parteien. Finanziert wird das Ganze teils durch großzügige Spenden der Wirtschaft und durch Steuergelder mittels der “Wahlkampfrückerstattung”. Das erfreuliche an diesen Wahlen ist, dass mit der SLP auch eine neue Kraft antreten wird. Das “Unerfreuliche”, dass wir über keine millionenschwere Parteikonten verfügen. Konkret bedeutet das, dass sich unsere Kandidatur und Wahlkampf rein über Spenden und den Verkauf unserer Materialien finanzieren muss. Dazu haben wir eigens einen “Wahlkampffonds” in der Höhe von 15.000,- Schilling eingerichtet.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische LinksPartei (SLP), vormals Sozialistische
Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11.
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 Zulassungsnummer 327808W97U



Klage gegen Bundessprecherin der SLP

Polizei kriminalisiert Linke

Seit ihrer Angelobung geht die Regierung mit gezielter Propaganda gegen die Donnerstags-Demos vor. Es folgten immer stärkere Polizeiaufgebote, um DemonstrantInnen und PassantInnen einzuschüchtern und schließlich der Aufruf blauer und schwarzer Politiker an den Innenminister die Demonstrationen gleich ganz zu verbieten. Jetzt sollen einige AktivistInnen “herausgefischt” und mit Strafen eingedeckt werden. Auch Sonja Grusch, Bundessprecherin der SLP.

VON CHRISTOPH LEITL
SLP WIEN SÜD

Argumentiert wird das Ganze so, dass die Betroffenen die VeranstalterInnen der Demos wären. Und weil die Demonstrationen nicht angemeldet sind, würden sie sich strafbar machen. Es stellt sich allerdings die Frage: Wer kann und will die Demos organisieren? Gibt bzw. braucht es überhaupt eine(n) VeranstalterIn? Sind nicht die Maßnahmen der Regierung selbst der Anlass und Auslöser für die Demos? Widerstand gegen diese Regierung ist nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht!

“DIE FREIHEIT DIE SIE MEINEN!”

Um den Schein zu wahren, gibt Innenminister Strasser vor, sich für die Demonstrationenfreiheit einzusetzen. Wie kann es dann aber sein, dass die österreichische Bundespolizei, der er ja vorsteht, Strafverfügungen gegen DemonstrantInnen ausstellt? Warum wimmelt es dann auf den Demos vor Staatspolizisten und Spitzeln? So meint z.B. ein Spitzel in einem der Redaktion vorliegenden Bericht der STAPO: “Ich konnte nicht das gesamte Gespräch verstehen,...”. Wozu das Ganze und was soll damit erreicht werden?

Der wahre Grund für dieses Vorgehen liegt auf der Hand. Nach ihrer Angelobung hoffte die Regierung noch, dass sich die Demos bald “totlaufen” würden. Nun mehr als ein halbes Jahr später und nach den Sommermonaten ist noch immer kein Ende in Sicht. Aus Sicht der Regierung bedurfte es also anderer Schritte, um endlich die lästigen Demos loszuwerden. Nach den selbstinszenierten Aufrufen, härter gegen die Demos vorzugehen, sind die Klagen bzw. Strafverfügungen der nächste Schritt. Es ist kein Zufall, wen diese Einschüchterungsversuche treffen. Die SLP ist seit Beginn an den Protesten

Am 3.8. wurde gegen
Sonja Grusch nebenstehende
Strafverfügung
ausgesprochen.

de Rechtsvorschrift(en) verletzt:	
nach § 2/1 Versammlungsgesetz iVm §	
sübertretung(en) wird (werden) über §	
falls diese uneinbringlich ist, Ersatzfreiheitsstrafe von 40 Std.	Freiheitsstr XXXXXX
z.B. Anrechnungen von Vorhaft):	
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX	

Interview mit Grace Marta Latigo von der “African Community”

„Wir werden wieder gejagt!“

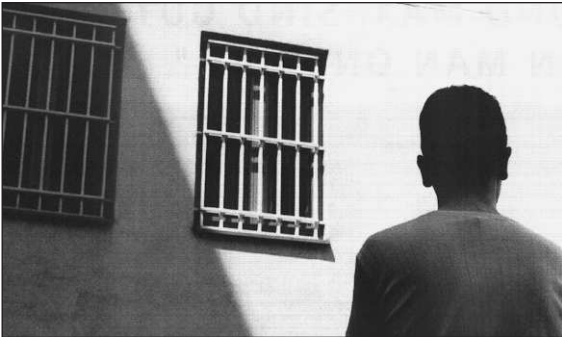
In den letzten Monaten hat die Anzahl der Übergriffe auf Schwarz-AfrikanerInnen drastisch zugenommen. Erst vor einigen Wochen wurde ein Vater mit seinem Sohn von ein paar Rechtsradikalen durch den 1. Bezirk gejagt. Die Mehrheit der Bevölkerung steht bis auf wenige Ausnahmen in den meisten Fällen beteiligungslos daneben und sieht weg. Irene Müller führte dazu ein Gespräch mit Grace Marta Latigo von der “African Community”.

Vorwärts: Hast Du seit der schwarz-blauen Regierung eine Veränderung des Alltagsrassismus wahrgenommen?
Grace Latigo: Zuerst muss ich sagen, dass Rassismus momentan nicht an absolut erster Stelle steht, was meine Probleme mit der Regierung betrifft, sondern die Neoliberalisierung, der Sozialabbau, und auch die “Frauen zurück an den Herd” – Politik. Mittlerweile haben wir aber ein Gewaltproblem. Früher waren wir eher einem verbalen Rassismus ausgesetzt. Jetzt ist es ein radikaler, brutaler Rassismus – wir werden bereits gejagt. Was auch ein sehr großes Problem ist, ist der institutionelle Rassismus. Diese Regierung erschwert unseren Kampf in Sachen Wahlrecht, moderner Integrationspolitik und Gleichstellung.
V: Wie sieht die Situation hinsichtlich Polizeiübergriffe aus?
GL: Ich weiss nicht, wie viele MigrantInnen in den letzten Monaten getötet wurden, denn es kommen ja dauernd mehr dazu. Ich nehme an, die Angst ist auch größer geworden, denn die Mehrheit der AfrikanerInnen ist einfach nicht geschützt. Wir sind völlig ohne Lobby und praktisch Freiwild. Zwar gibt es in Österreich Gesetze gegen Polizeiübergriffe, nur werden diese ganz einfach nicht eingehalten. Wir werden

einfach wegen “Widerstand gegen die Staatsgewalt” verurteilt und von der Polizei geschlagen. Wir haben überhaupt keine Chance – egal wer das ist – das geht bis in Diplomatenkreise, einfach weil wir Schwarze sind.
V: Stichwort Staatsrassismus
GL: Wir werden dazu benutzt, um vom Sozialabbau abzulenken. Es gibt zwei super Ablenkungsmethoden: Die eine sind die EU-Sanktionen, die andere ist, immer wieder zu behaupten, dass AusländerInnen schlecht, gefährlich, unanständig, Mörder und Diebe sind – was natürlich nicht stimmt.
V: Inwieweit sind SchwarzafrikanerInnen Teil der Widerstandsbewegung? Inwiefern führt Ihr Euren eigenen Kampf?
GL: Man muss sich vorstellen, in der “African Community” zum Beispiel geht es um einen ganzen Kontinent. So ein Kontinent besteht aus unzähligen

Nationen, verschiedenen Kulturen, Sprachen etc. und wir müssen jetzt laut Erwartungen, diesen ganzen Kontinent zusammenbringen – und das ist, glaube ich, irrsinnig schwer. Wir können im Alleingang nichts machen. Aber der Widerstand ist mir viel zu wenig definiert. Die politischen Forderungen sind nur mehr “wischi-waschi”. Rassismus ist ein Problem von diesem System genauso wie Sozialabbau. Der Widerstand muss sich konkretisieren und die Leute müssen mitbekommen, dass es in einem Staat nie funktionieren kann, wenn es zwei verschiedene Rechte gibt. Eines für ÖsterreicherInnen und eines für MigrantInnen. Es gibt nur ein Menschenrecht. Das ist der Punkt, den ich im Widerstand vermisste. In den ganzen Widerstandsgesprächen wäre also ein bißchen Selbstkritik angebracht, da es nicht möglich ist, MigrantInnen einzuladen und miteinzubeziehen.
V: Ein paar Worte, die Dir besonders wichtig wären ...
GL: Meine Strategie für den Widerstand wäre: sofort alle in ein Bündnis, 30-Stunden-Woche und Wahlrecht für MigrantInnen nach drei Jahren.

So sieht die bittere
Realität für viele Schwarz-
AfrikanerInnen in Öster-
reich aus.



Die Realität der Steuerpolitik

Das Geld dort holen, wo es wirklich ist!

Die Bundesregierung hat sich gegenüber der EU verpflichtet bis 2002 das Budgetdefizit auf 1,4% des BIP zu reduzieren. Jetzt will sie um zumindest irgend-wo als Musterschüler zu gelten, bis 2002 ein Nulldefizit erreichen. Ein Ziel, das zwar absolut nicht notwendig ist, aber trotzdem seltsamerweise von fast niemandem in Frage gestellt wird. Dabei ist ganz klar, dass binnen 2 Jahren “auf Null zu gehen” eine neue Welle an Belastungen bedeutet. Selbstredend, dass wieder ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und “sozial Schwache” zur Kasse gebeten werden.

VON DAVID MUM,
SLP WIEN WEST

Die entscheidende Frage bei der Budgetkonsolidierung ist nicht, wann ist Österreichs Budget ausgeglichen, d.h. ab wann macht der Staat keine neuen Schulden mehr, sondern bei wem wird gespart, wer wird belastet und bei wem werden die Abgaben erhöht. Den Medien und Aussagen diverser Spitzenpolitiker der letzten Wochen zufolge, überlegt die Regierung auch bei den Reichen und dem Kapital den Rotstift anzusetzen. Glaubt aber wirklich irgendwer, dass sich ausgerechnet eine Rechtsregierung das Geld bei den Reichen und beim Kapital holt, nachdem sozialdemokratische Finanzminister jahrelang Steuererleichterungen durchgesetzt haben? In den letzten Jahren war folgende Entwicklung zu beobachten: Die Gewinne stiegen viel stärker als die Löhne. So sank der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen von 70,8% 1993 auf 66,4% 1997. Die Lohnsteuern stiegen von 1992 bis 1999 um 49% von 134,2 auf 203 Mrd. Schilling, die Gewinnsteuern nur um 6% - also von 88,3 Mrd. auf 90,7 Mrd.

WO BLEIBEN STEUERERHÖHUNGEN FÜR UNTERNEHMER, SPEKULANTEN UND MILLIARDÄRE?
Die Besteuerung der Gewinne liegt in Österreich nicht über, sondern weit unter dem EU-Durchschnitt. Die tatsächlich von den Kapitalgesellschaften zu bezahlenden Gewinnsteuern lagen im EU-

Schnitt bei 26,86% und sind in Österreich mit 17,67% um zehn Prozentpunkte niedriger. Bezogen auf deren Anteil am gesamten Abgabenaufkommen betrugen sie in Österreich 1996 4,7% und im EU-Schnitt 7,5%. Gemessen an deren Anteil am BIP war die Differenz noch gravierender: 2,1% in Österreich im Vergleich zu 4% in der Gesamtunion. Nicht umsonst haben alle Länder der EU, die einen Budgetüberschuss aufweisen, eine höhere Gewinnbesteuerung. Mit der Gewinnsteuerquote Finnlands z.B. hätte Österreich ein Defizit von Null oder mit jener der Niederlande sogar einen Überschuss von knapp 17 Mrd.

STEUERPRIVILEGIEN FÜR DIE STIFTUNGEN GEHÖREN WEG!
In Österreich bestehen Geldvermögen von 4.000 bis 6.000 Milliarden(!). Trotzdem werden Vermögen, seit der Abschaffung der Vermögenssteuer, kaum noch besteuert. Österreich ist bei der Vermögensbesteuerung Schlusslicht in der EU und der OECD. Bei uns machen diese Steuern nur 1,3% aller Abgaben aus, im EU-Schnitt sind es 4,5%. Sogar in Ländern wie den USA, Japan, Südkorea, Britannien und Kanada tragen die Vermögenssteuern hingegen mehr als zehn Prozent zum Abgabenvolumen bei! Die wenigsten Steuern bezogen auf das Einkommen müssen aber die tatsächlich Reichen berappen. Wie ist das möglich? Mit dem Stiftungsrecht. So konnte Billa an Rewe um 15 Mrd. verkauft werden, ohne dass nennenswerte Steuern anfielen. Der Standard vom am 13.12.1999



schrrieb diesbezüglich über Österreich: „Ein Steuerparadies für Betuchte“. Alleine durch eine Änderung bei der Stiftungsbesteuerung wären Einnahmen von 10 Mrd. möglich. Das ist mehr Geld, als die geplanten Kürzungen im Sozialbereich!

ENTSTAATLICHUNG IST VERTEILUNGSPOLITIK NACH OBEN!
Das Ziel der Regierung sowohl das Defizit als auch die Steuerquote zu reduzieren, lässt sich nur durch einen gigantischen Rückbau des Staates und Privatisierungen erreichen. Viele Dinge die heute noch allgemein zugänglich sind, wird es dann nur noch für die geben, die es sich privat leisten können. Nur ein Beispiel dafür ist der freie Hochschulzugang. Der Staat vernichtet ja keine Ressourcen, denn die eingeho-

benen Mittel werden wieder der Gesellschaft zur Verfügung gestellt. So wird es ermöglicht, Leistungen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung zu stellen; wie etwa ein umfassendes Gesundheits- und Bildungssystem mit freiem Zugang, Verkehrswegen oder einem öffentlichen Pensionssystem. Mehr privat weniger Staat heißt einzig und alleine, dass für all das künftig nicht mehr mittels Steuern, sondern direkt bezahlt werden muss: Studiengebühren, Selbstbehalte, Autobahnmauten oder

höhere Tarifen für die öffentlichen Verkehrsmittel. Wirklich aufregend ist in Österreich nicht die Verschuldung, sondern dass die Reichen reicher wurden und dafür auch noch “steuerschonend” behandelt werden. Daher: Besteuerung der Spekulanten, Weg mit den Steuerprivilegien für Milliardäre und Erhöhung der Gewinnsteuern statt Sozialabbau und einem weiteren Belastungspaket, das sich das Geld bei den ArbeitnehmerInnen holt!

Überfraktionelle BetriebsrätInnenInitiative

Gemeinsam statt einsam

In Wien gab es für linke, kämpferische GewerkschafterInnen keinen Ort, an dem offen über Strategien gegen Sozialabbau und die Bewegungsunfähigkeit des ÖGB diskutiert werden konnte. Das hat sich nun geändert, im Juni wurde eine überfraktionelle BetriebsrätInnenInitiative gegründet.

VON HARALD MAHRER
SLP GEWERKSCHAFTSSTAMMTISCH

Seit dem Regierungswechsel wurde eine Tatsache offensichtlich: Die ÖGB-Spitze hat keine politischen oder strategischen Mittel, um dem Sozialabbau und der Entsolidarisierung etwas Wirksames entgegen zu setzen. Mehr noch, von der Gewerkschaftsspitze kamen keine Antworten auf die existenziellen Fragen der gewerkschaftlichen Bewegung. Weder konnte die ÖGB-Spitze herausarbeiten auf wessen Kosten die Sparpolitik geht, noch konnte sie glaubhafte Alternativen, wie zum Beispiel die Wertschöpfungsbesteuerung, eine Besteuerung von großen Vermögen, etc... in den Herzen und Hirnen der ArbeiterInnenklasse verankern. Im Gegenteil, Verzetnitsch und Co klammern sich weiter an eine Politik der SozialpartnerInnenschaft, die ihnen vermeintlich Posten und Pfründe absichert.

INITIATIVE GEGRÜNDET
Im Juni traten nun BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und GewerkschaftsaktivistInnen zusammen, um eine überfraktionelle Initiative ins Leben zu rufen. Die Initiative intervenierte mit einem eigenen Grundsatzflugblatt zum Thema Sparpolitik in den ÖGB-Aktionstag am 28. Juni und brachte seither noch ein Flugblatt zur Selbstdarstellung her-

aus, welches vor allem in der Widerstandsbewegung verbreitet wurde, sowie bei gewerkschaftlichen Aktivitäten zur Ausdehnung der Initiative verwendet wurde. Die Initiative konnte in den ersten drei Monaten ihres Bestehens mehrere GewerkschafterInnen aus unterschiedlichen Branchen und unterschiedlicher politischer Herkunft zusammenbringen. Sie entwickelte sich zu einem Ort der Diskussion und des Austausches. Als nächste Schwerpunkte sind der Start einer Debatte über Reichtumsverteilung in Österreich sowie Interventionen zu verschiedenen gewerkschaftlichen Themen (z.B. Privatisierung der Post, KV-Runden,...) geplant.

ERST DER BEGINN ...
Die Initiative versucht einen Ansatzpunkt für gewerkschaftlichen Widerstand herauszubilden und eine Möglichkeit zur Diskussion zwischen GewerkschafterInnen unterschiedlicher Hintergründe darzustellen. Dementsprechend sind alle interessierten GerwerkschafterInnen herzlich willkommen. Die nächsten beiden Treffen finden am 15. September (Privatisierung der Post) und am 9. Oktober (Reichtumsverteilung in Österreich) jeweils um 18.30 Uhr im Cafe Paganini, Althanstr. 9-11, 1090 Wien statt.

1400 Postämter gefährdet – 6.000 Postler vor Kündigung?

Mit Speed gegen die Postler

Die rollenden Angriffe der blau-schwarzen Regierung machen auch vor der Post nicht halt. Der Postvorstand hat einen neuen Plan ausgeheckt. “Speed” heisst das Rationalisierungsprogramm, sozial ausgewogenes Sparen soll angeblich dahinter stecken, doch das Programm bedeutet schnelleren Sozial- und Personalabbau.

VON KARIN WOTTAWA
SLP-GEWERKSCHAFTSSTAMMTISCH

Das von Generaldirektor Weis ausgegebene Ziel beläuft sich auf 20% Einsparungen: “Speed” soll das erreichen. Einer der größten Brocken, die dieses Programm enthalten soll, ist die Senkung der Anzahl der Zustellpostämter von 1900 auf weniger als 500. Diese Maßnahmen würden nicht nur einen massiven Personalabbau – von mehr als

1000 - Bediensteten bedeuten, sondern auch einen extremen Zuwachs des Arbeitsvolumens für die KollegInnen, die den blauen Brief (noch) nicht bekommen haben. Einmal ganz abgesehen davon, dass bei Einsparungen in einem solchen Ausmaß die Betreuung der Haushalte Lücken bekommen könnte, und viele ihre Post nicht rechtzeitig erhalten würden. Weiters ist bei diesem Konzept geplant, dass es 50 sogenannte Zustellbasen

geben soll, von denen sehr viele neu errichtet oder zumindest umgebaut werden müßten. Der Kostenpunkt ist interessanterweise unbekannt – Postsprecher Homola hüllt sich hier in Schweigen. Um noch zusätzlich Personalkosten einzusparen, will der Postvorstand Teilzeitarbeitsplätze schaffen und alles in allem ungefähr 6.000 Arbeitsplätze abbauen, wobei hier der Vorstand auch schon Schichtverlängerungen und Einsparungen bei den Überstunden für denkbar hält. Auch den Postbussen und ihren Bediensteten geht es an den Kragen. Derzeit sind dort um die 3500 MitarbeiterInnen beschäftigt. Die Busse sollen in Zukunft eine Tochtergesellschaft der Post sein und im weiteren Verlauf ausgegliedert werden. Bis jetzt waren die Folge von Ausgliederungen immer Personalabbau – bei der Post wird es nicht anders sein. Am Ende von “Speed” soll 2003 die völlige Liberalisierung stehen. Um diesen Einsparungsmaßnahmen Widerstand entgegenzusetzen, müssen alle Postbediensteten gemeinsam Betriebsversammlungen abhalten und Protestmaßnahmen gegen die völlige Zerschlagung der Post einleiten.



Postbedienstete im Zustellbereich müssen täglich zwischen 80 und 100 kg schleppen.

Ist Grösser wirklich Besser?

„Größer ist Besser“ ist die Devise, der sich Manager und Aktionäre verschrieben haben. Eine „Megafusion“ jagt die andere, kaum eine Woche vergeht, in der nicht ein neuer „weltgrößter Konzern“ entsteht. Fusionen, Übernahmen, Kooperationen dominieren in scheinbar nie dagewesenem Ausmaß die Wirtschaftspolitik. Auf der Strecke bleiben die KonsumentInnen und die Beschäftigten.

SONJA GRUSCH
SLP WIEN NORD

Das Spektrum der Fusionen ist breit und umfaßt alle Bereiche. Besondere Bedeutung kommt den Zusammenschlüssen im Finanzsektor, bei Versicherungen und Banken, zu, die jüngst in der Fusion der Londoner und Frankfurter Börse zur zweitgrößten Börse nach Wall Street (New York) gipfelten. Es entstehen Riesenunternehmen mit zigtausenden Beschäftigten, Milliarden Umsätzen und einer enormen Marktmacht – aber dennoch sind diese Fusionen letztlich nichts anderes als ein Zeichen der Schwäche des Kapitalismus.

DIE ZIELE

Fusionen sind ein Versuch, in einem immer engeren Markt zu überleben. Ein Ziel ist, einen größeren Marktanteil zu kontrollieren. Das führt dann z.B. dazu, dass in Österreich die fünf größten Anbieter im Lebensmittelhandel gemeinsam 90 % des Marktes kontrollieren. Oder dass ein Konzern (Microsoft) 90% der Computer-Software-Branche kontrolliert. Preisabsprachen sind leicht möglich, bezahlen müssen die KundInnen. Wenn ein Unternehmen ein anderes übernimmt, geht es häufig nur um den Markt des bisherigen Konkurrenten. Nach der Öffnung Osteuropas für den Kapitalismus war die Ausschaltung von auch nur potentiellen Konkurrenten eines der Hauptmotive. Als die Swissair sich 1999 mit 37,6 % an der polnischen Fluglinie LOT beteiligte, war das Hauptmotiv, den Flughafen Warschau als Drehscheibe für den osteuropäischen Markt nutzen zu können. „Wir kaufen nicht in erster Linie die Gesellschaft, wir kaufen den Markt“, erklärte ein Swissair-Sprecher damals. Außerdem wird versucht, verschiedene Stufen der Produktion, von der Rohstoffgewinnung über die Herstellung bis zum Vertrieb in ein Unternehmen zu integrieren bzw. möglichst breite regionale

Streuung zu erreichen, es entstehen Mega-Mischkonzerne. Das Ziel ist es, so Konjunkturunterschiede in verschiedenen Sektoren der Wirtschaft (Branchen und Regionen) auszugleichen und so größere Kontinuität zu erreichen. Eines der zentralen Ziele ist die Kostensenkung. Wenn sich Unternehmen zusammenschließen reicht ein Forschungszentrum, können in Orten, wo beide eine Filiale haben, die „überzähligen“ geschlossen werden. Die „Synergieeffekte“, das elegante Wort für Vernichtung von Arbeitsplätzen, liegt zwischen einem und 25 %. Die Fusion von EMI und Warner-Music vernichtete 13 % der gemeinsamen Jobs, bei der „Hochzeit“ der zwei größten Schweizer Banken, der UBS und der Société des Banues Suisses wurde ein Viertel der Jobs eingespart. Das es ums Halten von Positionen und ums Überleben geht, machte eine Untersuchung des US-Beratungsunternehmens Mercer Managment schon vor Monaten deutlich: der Shareholder Value (Gewinn für die Aktionäre) wuchs bei 50 % aller Fusionen und Übernahmen nicht schneller, als im Branchendurchschnitt. Eine andere internationale Studie belegte, dass eine Mehrzahl der Fusionen nicht die gewünschte Gewinnsteigerung brachte. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft zeigte sogar auf, dass 40 % aller Großfusionen scheitern und es bei 41 % der fusionierten Unternehmen zu einer Verschlechterung der Ertragslage kommt.

ÜBERLEBEN DURCH FUSION

Aber all diese Ziele sind im Kapitalismus nicht neu, sie alle gab es seit seiner Geburtsstunde. Warum also dieser Boom bei Zusammenschlüssen in den letzten Jahren? „Wie zwei schwankende Betrunkene, die sich aneinander festhalten, um nicht umzufallen“, so können die Zusammenschlüsse letztlich charakterisiert werden. Die „Fusionitis“ ist nichts anderes als der verzweifelte Versuch im immer härter werdenden Konkurrenzkampf zu überle-

ben. Konkurrenz ist zwar an sich typisch für den Kapitalismus, aber in dieser Härte ist er ein Symptom eines krisengeschüttelten Kapitalismus. Seit Ende des Nachkriegsaufschwungs Mitte der 70er Jahre sehen wir diesen verschärften Konkurrenzkampf. Zwar gab es in dieser Zeit Auf- und Abschwünge, aber all dies vor dem Hintergrund einer langanhaltenden „Depression“, also eines Niederganges

sich die Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse verdreifacht, der Wert der Zusammenschlüsse hat sich auf 2,4 Billionen Dollar verachtfacht. Unterm Strich keinesfalls mit dem Ergebnis, dass die Wirtschaft dadurch floriert hätte.

GETRIEBENE DES SYSTEMS

Die Manager verdienen gut, trotz oder gerade wegen Fusionen. Als Vodafone



Schlagwort
Synergieeffekte:
Durch Fusionen
erhöht sich der
Druck auf die
Beschäftigten.

der Wirtschaft, bei dem sich die Aufschwünge auf immer niedrigerem Niveau abspielen und die Einbrüche der Abschwünge nicht oder nur kaum wettmachen können. In den 60er Jahren bedeutete „Aufschwung“ starkes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, steigende Reallöhne, verbesserte Sozialleistungen etc. In den 90er Jahren bedeutete „Aufschwung“, dass schon über ein Wachstum von 2-3 % gejubelt wurde, dass weiter Jobs vernichtet, Löhne und Sozialleistungen abgebaut wurden. Der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten brachte Hoffnung auf neue Märkte; Als sich dies als Fehlschlag erwies, setzte sich der Trend zu immer größeren Einheiten durch. In den 90er Jahren hat

Airtouch die Firma Mannesmann übernehmen wollte, wehrte sich diese anfangs gegen die geplante „feindliche Übernahme“. Letztlich stimmten Vorstand und Aufsichtsrat aber doch dafür – Mannesmann-Chef Klaus Essen wurde sein „Ja“ mit 420 Millionen Schilling versüßt. Wenn sie, wie der/die österreichische DurchschnittsverdienerIn ats 22.000.- verdienten (14 x im Jahr), müßten sie nur 1364 Jahre arbeiten (ohne davon allerdings auch nur einen Schilling auszugeben), um 420 Millionen zu haben. Trotzdem ist die „Geldgier“ der Manager nicht das Hauptmotiv. Psychologische Erklärungsmuster, die teilweise geliefert werden, „die Manager wollen ihr Ego befriedigen und Manager von Riesen-Unternehmen sein“, greifen zu kurz. „Fressen oder gefressen werden“ ist die Devise. Egal, ob sie wollen oder nicht, sie müssen sich zu immer größeren Einheiten zusammenschließen, um zu überleben. Als Ursache dafür hat Marx schon im 19. Jahrhundert den „Tendenziellen Fall der Profitrate“, als eines der Grundprobleme des Kapitalismus definiert. (Wir können hier den „Tendenziellen Fall der Profitrate“ nicht erklären, die wesentliche Aussage ist, dass die Rentabilität des eingesetzten Kapitals sinkt, je mehr sich das Verhältnis zwischen im Produktionsprozess eingesetzten Menschen und Maschinen zuungunsten der Menschen verschiebt). Natürlich sieht der Kapitalismus diesem Phänomen nicht tatenlos zu: aber die Maßnahmen die er setzt – nämlich die Ausbeutung der Beschäftigten zu erhöhen durch mehr Arbeit für weniger Lohn (modern heißt das dann: Flexibilisierung und Deregulierung) – verschärften das Problem letztlich nur. Gerade das Sinken der Rentabilität des eingesetzten Kapitals führt dazu, dass dieses immer weiter aus dem Produktions- in den Spekulationssektor ausweicht, weil dort höhere Gewinne erwartet und teilweise auch erhalten werden. Und das kurbelt wiederum die Fusionen an. Damit in Aktien investiert wird,

muss die Rendite hoch sein, damit die Rendite hoch ist, muss das Unternehmen wachsen bzw. sich behaupten können. Und dazu sind Fusionen ein willkommenes und zunehmend notwendiges Mittel. Verstärkt wurde der Trend durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der 80er und 90er Jahre. Das Kapital wurde flexibler, die Privatisierungswelle hat den Markt belebt. In den USA begann die Fusionswelle am Telekommunikationsmarkt mit der Liberalisierung des Telekommunikationsgesetzes und gipfelte Ende 1999 im Zusammenschluß von MCI Worldcom und Sprint. Das neue Unternehmen kontrolliert 36% des US-Telefongeschäftes. Die Liberalisierungswelle, die eines der erklärten Ziele der EU ist, hat auch in Europa zu einer Reihe von Zusammenschlüssen und Fusion im Telekommunikations-, aber auch im Energiesektor geführt. Schätzungen gehen davon aus, dass nach Abschluss der Zusammenschlüsse, die durch die Privatisierung von Staatsbetrieben losgetreten wurden, die Anzahl der Unternehmen auf dem europäischen Strommarkt auf bis zu ein Zehntel reduziert sein werden. An den Beschäftigten wird das nicht spurlos vorübergehen. Die Liberalisierung erhöht den Kosten- bzw. Preisdruck stark. Als Folge werden z.B. bei den Berliner Gaswerken 2400 von 5000 Stellen abgebaut. Europa hat die USA bei Firmenzusammenschlüssen überholt. Dies ist gerade Ausdruck für die Schwäche des europäischen Kapitalismus. Durch die Einführung des Euro wurde die innereuropäische Konkurrenz noch verschärft, der Drang zu Fusionen wurde durch die rasche Deregulierung der Märkte auch formal erleichtert.

DIE MACHT DER MONOPOLE

„Die steigende Konkurrenz bringt v.a. den KonsumentInnen günstigere Preise“ ist ein häufig vorgebrachtes Argument. Abgesehen davon, dass entlassene Ex-Beschäftigte KonsumentInnen mit gesunkenem Einkommen sind, profitieren von Preisreduktionen in den meisten Fällen nur Großabnehmer. Oder müssen Sie seit Neuestem weniger für Strom zahlen? Selbst bei den Handy-Tarifen, bei denen zur Zeit noch ein erbitterter Preiskampf tobt, wird es zu Erhöhungen auf Kosten der KonsumentInnen kommen, wenn der Markt erst einmal fix aufgeteilt ist. Und bereits jetzt steigen unsere Telefonrechnungen, da wir gezwungen werden, ständig in andere Netze zu telefonieren. Die „Vielfalt“ bringt also praktisch Kostensteigerungen und Ineffizienz. Der gegenwärtige Konkurrenzkampf ist nur das Auswahlverfahren im Konzentrationsprozess des Kapitals. Auch das ist keine neue Erscheinung im Kapitalismus, der von Anfang an die Tendenz hatte, sich in immer größeren Einheiten zusammenzuschließen. Die Monopolbildung ist ein Merkmal des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus. Fusionen sind nur die solideste und endgültigste Form der kapitalistischen Konzentration. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts haben sich verschiedene marxistische TheoretikerInnen mit dieser Entwicklung beschäftigt – zusammengefasst hat Lenin dies 1916 in seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ „... der auffallend rasche Prozess der Konzentration der Produktion in immer größere Unternehmen bilden eine der charakteristischsten Eigentümlichkeiten des Kapitalismus“. Die Tatsache der Konzentration steht auch in scharfem Widerspruch zum vollmundig verbreiteten „Liberalis-

Frieden durch Größe?

Bei den Fusionen der letzten Jahre waren die Argumente immer die gleichen: Wettbewerbsvorteile, Profitmaximierung, Kosteneffizienz. Zusätzlich wird auch noch behauptet, dass durch große, länderübergreifende Unternehmen kriegerische Auseinandersetzungen unwahrscheinlicher würden.

VON KARIN WOTTAWA
SLP
WIEN MITTE

Die Idee, dass die „Internationalisierung“ des Kapitalismus Krisen verhindern und Frieden für die Welt bringen könnte ist nicht neu. Kautsky, führender deutscher Sozialdemokrat entwickelte Anfang des 20. Jahrhunderts die Theorie des Ultra-Imperialismus. Er stellt die These auf, dass durch einen Zusammenschluss der stärksten imperialistischen Staaten ein friedliches Zusammenleben möglich wäre – da dann die Notwendigkeit imperialistischer Kriegsführung nicht mehr bestünde. Sein Ansatz von der „Heiligen Allianz“ der Imperialisten blendete die innerimperialistischen Widersprüche, die Notwendigkeit einzelner imperialistischer Staaten, sich auf Kosten anderer – Unternehmen ebenso wie Staaten – auszudehnen, völlig aus. Tatsächlich zeigte sich die Illusionhaftigkeit seiner Idee

spätestens mit dem 2. Weltkrieg, der ein klar innerimperialistischer Konflikt war. Auch Hilferdings Idee des „organisierten Kapitalismus“ geht in eine sehr ähnliche Richtung. Er setzte mit dem organisierten Kapitalismus auf die Möglichkeit, daß der Kapitalismus friedlich in eine soziale Demokratie umgewandelt werden kann.

ALTE HÜTE IM NEUEN GEWAND

Ähnliche Ansätze vom friedlichen, krisenfreien Kapitalismus durch große Einheiten gibt es auch jetzt. EU-Fans argumentieren, daß der Zusammenschluß Wohlstand und Frieden für Europa brächte. Aber die EU hat es bis heute nicht geschafft, einheitliche Sozialstandards zu schaffen. In einigen EU-Staaten gibt es bewaffnete Auseinandersetzungen (Nordirland, Spanien) ebenso wie bei Beitrittskandidaten (Türkei). Manche befinden sich de facto im Kriegszustand, wie Griechenland. Die Konflikte zwischen

imperialistischen Staaten werden in Stellvertreterkriegen z.B. in Afrika oder auf dem Balkan ausgetragen. Angesichts der Globalisierungsdebatte haben eine Reihe von „Postmodernisten“ das Bild vom friedlichen Kapitalismus als Folge der Internationalisierung wieder ausgegraben. Jüngst in einem Buch von Mary Kaldor „Neue und alte Kriege: Organisierte Gewalt in einer Globalen Ära“. Auch hier wird argumentiert: „Die alten Kriege zwischen Staaten gehören der Vergangenheit an.“ Tatsache ist allerdings, dass es zwischen August 1998 und 1999 zehn Kriege und 25 Bürgerkriege gab. Es gibt kaum ein Land der Erde, das nicht direkt oder indirekt über Waffenlieferungen in kriegerische Konflikte involviert ist. Denn trotz Fusionen und Zusammenschlüssen hat die überwiegende Mehrheit der Unternehmen nach wie vor eine nationalstaatliche Basis, läßt im Krisenfall ihre Interessen von diesen Staaten verteidigen oder spielt die eine Ländergruppe gegen die andere aus. Der Versuch, dem Kapitalismus eine friedliche Phase anzudichten wird immer

mus“ und „Freihandel“. Tatsächlich geht es darum, die Rahmenbedingungen für letztlich noch stärkere Konzentration zu schaffen. Unter dem Druck von IWF, Weltbank und der Welthandelsorganisation WTO müssen Staaten ihre Märkte frei geben. Praktisch bedeutet das, dass ärmere Länder jene Schutzbarrieren, die sie errichtet hatten, um ihre eigene Produktion zu schützen, abbauen müssen. Und damit von aus-



Weltweit pressen Multis ArbeitnehmerInnen wie Zitronen aus.

ländischen Produkten überschwemmt werden, die die eigenen „niederkonkurrieren“. Falls die heimischen Unternehmen dadurch nicht zum Schließen gezwungen werden, gibt es immer noch die Möglichkeit, diese zu übernehmen und dann zu schließen. Wir sehen in den letzten Jahren ein starkes Ansteigen bei den sogenannten „Ausländischen Direktinvestitionen“ (Foreign Direct Investment FDI). Der überwiegende Teil dieser FDIs wird allerdings nicht für Ausbau der Produktion oder Neuerungen eingesetzt, sondern für Übernahmen und Zusammenschlüsse – also zur Konzentration. Diese Monopolisierungstendenzen führen auch zu Ineffektivität. Fühlt sich ein Unternehmen in seinem Markt „sicher“, wird nichts Neues mehr entwickelt, Produkte und Produktionsweise veraltern rasch. Aber auch beim Versuch, Märkte zu behalten, wird Geld verschleudert. Im

Kampf um den österreichischen Strommarkt haben die Energie Austria bzw. der Verbund einerseits und die EVN andererseits insgesamt 21 Milliarden Schilling ausgegeben, um vom jeweils anderen Aktien zu kaufen. Unsummen stecken die nunmehrigen Konkurrenten auch in Werbung. Geld, das z.B. in ökologische Stromerzeugung investiert werden hätte können wurde so verschwendet, um de

facto nur den Status quo beizubehalten.

ÖSTERREICH – MITTEN DRIN

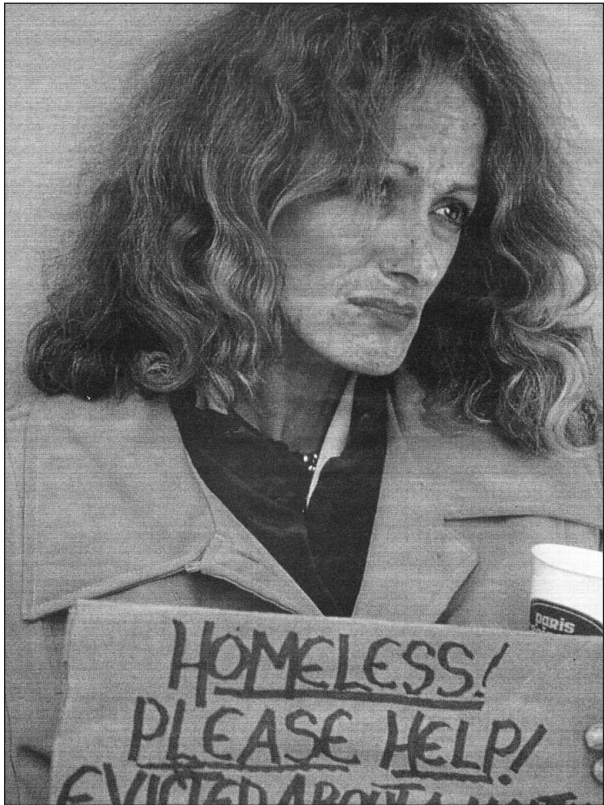
Österreichs Wirtschaft ist ebenfalls Teil des internationalen Fusions-Karussells. Sei es durch die Privatisierung von Telekommunikations- und Postbereich oder auch durch heimische Unternehmen, die durch Fusionen mit Anderen zu Weltmarktführern wurden (wie z.B. der steirische Kettenerzeuger Pewag mit der italienischen Firma Weissenfels oder Mayr-Melnhof Karton AG mit der italienischen Reso de Medici SPA. Von europäischer Bedeutung ist auch die Übernahme der Bank Austria durch die bayrische Hypo Vereinsbank. Österreichs größte Bank, selbst entstanden aus dem Zusammenschluss von Zentralsparkasse und Länderbank unter späterem Kauf der Creditanstalt, wird von der Hypo Vereinsbank, erst 1998 aus der ersten Großfusion im deutschen Bankenwesen

zwischen der Bayrischen Hyotheken- und Wechselbank und der Bayrischen Vereinsbank geboren, übernommen – zusammen sind sie die drittgrößte Bank Europas. Angesichts der Bewegungen am europäischen Bankensektor allerdings sicher nicht für lange. Die BA war für die Vereinsbank v.a. wegen ihrer starken Präsenz in Osteuropa interessant. Aber auch das BA Management verspricht sich einiges von dieser Übernahme. Geplant sind rund 7 Mrd. Schilling an „Einsparungen“. Erleichtert wird das, da künftig die „Sonderrechte“ des BA-Betriebsrates wegfallen. Dieser hat der Übernahme zugestimmt einzig für das Zugeständnis, dass die BA auch zukünftig „seine“ Personal-Strategie fahren darf. Und wie geplant knapp 9 % aller Stellen abbauen kann. Auch das Problem mit der CA beim Kauf zugesicherten Rechten wird sich so wohl viel rascher „lösen“ lassen.

FUSIONEN GEGEN DIE BESCHÄFTIGTEN

Die 90er Jahren sahen eine Vielzahl von Argumenten, warum Einsparungen nötig sind. „Standort, Globalisierung, Konkurrenz“ oder eben „Fusionen“. Werden sie zuerst präsentiert als Maßnahme, um konkurrenzfähig zu bleiben, dienen sie dann als Argument, warum Beschäftigte abgebaut werden „müssen“. Die Synergieeffekte müssen zum Tragen kommen, man will konkurrenzfähig „bleiben“. Dass neue Unternehmensstrukturen und Eigentümerverhältnisse dann auch bedeuten, dass bisherige Vereinbarungen mit den Beschäftigten gekündigt werden bzw. der Betriebsrat an Einfluss verliert, sind nicht unwillkommene Nebeneffekte. Aber auch wenn Fusionen nicht zustande kommen, bedeutet das keinesfalls sichere Arbeitsplätze. Gerade weil die Fusion von Deutscher Bank und Dresdner Bank geplatzt ist, müssen nun Beschäftigte abgebaut werden, lautet das Argument. Darüberhinaus entpuppen sich die neuen Riesenunternehmen auch als Erpressungs-Mittel. Ihr jeweiliger Zusammenbruch hätte enorme soziale und wirtschaftliche Konsequenzen. Ganze Regionen würden von Massenarbeitslosigkeit betroffen sein und in Folge würde die ganze Wirtschaft

dort zusammenbrechen. Gerade weil das auch politische Auswirkungen hätte, haben die Unternehmen stets einen Trumpf in der Hand, um Regierungen zu erpressen: günstige steuerliche Regelungen festzulegen, die Infrastruktur entsprechend zur Verfügung zu stellen oder im Fall von wirtschaftlichen Problemen einzuspringen. So wie die deutsche Bundesregierung als Bürge einsprang, um den Baukonzern Holzmann zu retten. Der/Die SteuerzahlerIn wird hier letztlich zur Kasse gebeten, um längerfristig Profite zu sichern. Denn all diese Unternehmen, obwohl sie oft Subventionen in Milliardenhöhe bekommen und aufgrund der Veränderungen im Steuersystem immer weniger Steuern zahlen, gehören nach wie vor Privaten, die dann natürlich auch die Profite abschöpfen.



Die andere Seite des weltweitem Aktienbooms: Armut, Arbeits- und Obdachlosigkeit gehören auch in den führenden westlichen Industriestaaten zum Alltag.

WAHNSINN KAPITALISMUS

Hinter der Fusionswelle steckt die Angst vor einer möglichen Rezession, der jedes Unternehmen versucht auf Kosten der Anderen zu entgehen. Probleme werden keine gelöst, dafür neue geschaffen. Um zum Beispiel der Betrunkenen zurückzu-

Alternative aufzubauen. Die Fusionen legen die Zerbrechlichkeit des Systems offen, unsere Aufgabe ist es nun, nicht nur diese Fusionen und ihre Auswirkungen, sondern das zugrundeliegende System zu bekämpfen. Frieden und Wohlstand gibt es im Kapitalismus immer

Von echten und falschen Alternativen

Die Auswirkungen von Fusionen und der Übernahme von Märkten durch internationale Konzerne rufen viele Kräfte auf den Plan, die dagegen auftreten. Die Konzepte sind allerdings höchst unterschiedlich.

VON PIA ABEL
SLP SÜD

Österreichs Perlen vor ausländische Säue? Im Kampf gegen Angriffe auf die Beschäftigten und KonsumentInnen, die Fusionen mit sich bringen, verharren viele Argumente und Forderungen in Standortdenken und Protektionismus. Manche BetriebsrätInnen und Beschäftigte versuchen drohende Verschlechterung abzuwehren, indem sie österreichisches Kapital vor angeblich aggressiveren, ausländischen Kapital schützen wollen. Warum sollte sich aber österreichische Unternehmenspolitik längerfristig anders gestalten, als die anderer Unternehmen und Konzerne, die sich auf dieselbe Art und Weise auf dem Weltmarkt behaupten müssen? Kapital kann aufgrund bestimmter historischer Situationen und unterschiedlicher politischer Einflußnahmen mal mehr und mal weniger aggressiv

sein. An nationalstaatlichen Grenzen macht sich sein Charakter allerdings nicht fest. Österreichs Unternehmer holen im Moment unterstützt von der blauschwarzen Regierung zum größten Schlag gegen die Mehrheit der Bevölkerung aus, den die 2. Republik je gesehen hat. Die Lösung kann daher nicht sein, Österreichs Perlen vor Österreichs Säue zu werfen.

MONOPOLISIERUNG VERSUS FREIE KONKURRENZ

Oftmals wird auch die Kontrolle der Monopolisierung durch Nationalstaaten oder auch EU-Gremien als Ausweg gesehen, der internationalen Tendenz entgegen zu wirken. Die Entwicklungen der jüngsten Zeit sind keine „falschen“ oder „unnatürlichen“ Entwicklungen, sie entsprechen der Entwicklung des Kapitalismus. Die Tendenz zur Kapitalkonzentration ist seit seinem Bestehen immanent und hat

je nach historischer und wirtschaftlicher Situation verschiedene Grade und Ausformungen angenommen. Selbst wenn aus diesen großen Einheiten mittels staatlichen Eingriff kleinere, auch nationale Einheiten geschaffen werden könnten, würde das für den Großteil der Bevölkerung keine Verbesserung bedeuten. Weiterhin würden Profitinteresse und deren Konkurrenz auf dem Weltmarkt Politik und Arbeitsleben diktieren. Realität ist im Moment aber vorallem, dass die bereits existierenden Ansätze staatlicher Kontrolle, vorhanden in Form von verschiedenen Kartellbehörden, entweder leicht übergangen werden, oder trotzdem den Abbau von Arbeit und Kapazitäten nicht verhindern können. Die Auflage einer Kartellbehörde bestimmte Teile des Unternehmens abzustößen, ist manchmal sogar ein willkommenes Anlaß vorhandene Überkapazitäten abzubauen. Paradoxerweise gibt so gerade das Kartellrecht den Impuls zu Arbeitsplatzabbau und Verschlechterung des Services. So ist dies beispielsweise passiert bei der Fusion Mobil-Exon, die

der Auflage, Tankstellen entweder zu verkaufen oder zu schließen, nur zu gerne nachkamen: Leicht konnte damit an der Dichte der zu haltenden Tankstellen eingespart werden ohne dabei an Marktmacht zu verlieren. Es wird geschätzt, dass bis 2004 durch die Konzentration der Ölbranche insgesamt weltweit 20.000 Tankstellen geschlossen werden – das Kartellrecht wird dies nicht nur nicht verhindern, sondern vielleicht auch noch beschleunigen. Natürlich müssen wir Kämpfe von Belegschaften gegen Fusionen oder Übernahmen unterstützen, da diese in der Regel Arbeitsplatzabbau bedeuten und darauf hinweisen, dass Monopole höhere Preise und schlechtere Leistungen bringen. Natürlich müssen wir die Grenzen des Monopolkapitalismus aufzeigen, der zu einer Bremse für die Entfaltung der Produktivkräfte wird. Wir setzten uns jedoch nicht für eine Rückkehr zur freien Konkurrenz ein., da wir in ihr nicht die „bessere“ Art des Kapitalismus sehen.

DER AUSWEG

Unsere Antwort auf das Diktat der Multis und des Finanzkapitals müssen Forderungen sein, die sich den Ursachen stellen. Wir müssen gesellschaftliche Alternativen aufzeigen, die den Rahmen des Systems sprengen. Die Antwort auf die kapitalistische Gesellschaft, in der der Aktienwert alles und die Bedürfnisse der Mehrheit nichts sind, ist eine sozialistische Demokratie – eine Gesellschaft, in der nicht die Wirtschaft über die Menschen bestimmt, sondern die Menschen demokratisch über die Wirtschaft. So sind wir für einen gemeinsamen, konzern-, und länderübergreifenden Widerstand aller KollegInnen gegen Fusion und Arbeitsplatzvernichtung. Wir sagen nein zu Privatisierungen, sondern fordern im Gegenteil die Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum, das unter demokratischer Kontrolle von der arbeitenden Bevölkerung verwaltet wird, und nicht von überbezahlten, korrupten Managern. Statt dem Chaos und Elend des Kapitalismus stehen wir für eine demo-

Neue Broschüre der SLP:

Oktoberstreik 1950

Der ÖGB-Historiker - und „Erfinder“ der These vom angeblichen Kommunistenputsch 1950 Fritz Klenner schrieb 30 Jahre nach dem Oktoberstreik: „Diese These läßt sich heute aufgrund gewissenhafter Untersuchungen nicht aufrechterhalten.“ Doch ein Gelingen des Generalstreikversuches hätte ganz andere Folgen gehabt: „eine radikal ausgerichtete Gewerkschaftspolitik.“ Selten sind Inhalt und Tragweite des letzten Generalstreiks in Österreich, sowie der Verbreitung der „Putschlegende“ so prägnant zusammengefaßt worden: Nicht der „Putsch“, sondern eine alternative - kämpferische - Gewerkschaftspolitik war das Schreckgespenst, vor dem sich die ÖGB-Führung wirklich fürchtete.

Die Einschätzung Klenners befindet sich heute in Übereinstimmung mit fast allen ernsthaften Historikern: Die „Frage Putsch oder nicht“ ist keine mehr; außer für Leute vom Schlage eines Hugo Portisch. Selbst Franz Olah, der damals angeblich die „Demokratie“ mit seinen Schlägerbanden „rettete“, gestand 1980 ein, dass „Die Errichtung einer Volksdemokratie“ sicher kein „Nahziel“ war.

HISTORISCHER RAHMEN
1950 wollte eine Koalition aus Regierung

damaligen Ereignisse können allerdings nicht isoliert betrachtet werden. Sie stehen im Brennpunkt einer Entwicklung die vom einsetzenden Kalten Krieg, der Westintegration Österreichs, der Integration ehemaliger Nationalsozialisten ins politische System des Landes, sowie einem Rechtsruck der SPÖ geprägt war. Die fünf LPA zwischen 1947-1951 fallen ebenfalls genau in diese Periode. Sie stellen einerseits wichtige Schritte bei den Eingliederung Österreichs in den kapitalistische (Welt-) Markt dar und sind gleichzeitig maß-

bewegte sich in dieser Tradition: Er war Höhe- und Endpunkt des Widerstandes gegen eine Entwicklung die, sich nach 1945 viele ganz anders vorgestellt hatten - nämlich sozialistisch. Dass er zum Mißerfolg wurde hängt mit der Schwäche der Linken zusammen: Die radikalen Teile in der SPÖ wurden bereits 1948 kaltgestellt. Und die KPÖ band sich sklavisch an die Interessen Moskaus und war deshalb nicht nur für viele unattraktiv, sondern in der Frage des Streiks selbst ebenfalls schwankend. Warum? Das wird in der Broschüre beantwortet.

LANGFRISTIGE AUSWIRKUNGEN
Die Folgen des fehlgeschlagenen Oktoberstreiks waren weitreichend. Der ÖGB wurde von „kommunistischen Elementen“ gesäubert. Diese Vorgehensweise wurde einzig mit der „Putschthese“ legitimiert. Gleichzeitig folgte auf die Niederlage nicht nur einen Rückgang der Streiktage um fast zwei Drittel. Streik wurde zum politischen



Der letzte Generalstreik (und somit der einzige in der 2. Republik) in Österreich

(SPÖ und ÖVP) unterstützt von den Unternehmern, Medien und der Gewerkschaftsführung durch das 4. Lohn-Preis-Abkommen (LPA), Maßnahmen durchsetzen, die eine unmittelbare Schlechterstellung für ArbeitnehmerInnen bewirkten. Sowohl die undemokratische Form, wie der ökonomische Inhalt dieser Maßnahmen führten zu Widerstand und der größten Streikwelle in der Geschichte der 2. Republik. Um diese Streikwelle zu unterdrücken wurde das rote Schreckgespenst – der Mythos vom drohenden KPÖ-Putsch erfunden. Bis heute bildet dieser einen Grundkonsens der von der Sozialdemokratie bis zur FPÖ reicht. Die

geblich für die Herausbildung der österreichischen Sozialpartnerschaft.

OKTOBERSTREIK: HÖHE UND ENDPUNKT DES WIDERSTANDES
Der kapitalistische “Wiederaufbau” Österreichs von 1945 bis 50 geschah nicht ohne Opposition. Streiks und Arbeitskämpfe, eine nicht unbedeutende Linke in der SPÖ und eine KPÖ mit guten Startbedingungen prägten die ersten Jahre der 2.Republik. Auch die Verstaatlichungen riefen große Hoffnungen hervor und wurden von der Regierung (SPÖ, ÖVP, KPÖ) einmütig als Schritte zur revolutionären Veränderung „verkauft“ - auch wenn sie faktisch etwas Anderes bedeuteten. Der Oktoberstreik

„Schimpfwort“ – die Gewerkschaftsbewegung beraubte sich damit ihres (ge)wichtigsten Kampfmittels. Die Knebelung gewerkschaftlicher Opposition und der Aufbau der sozialpartnerschaftlichen Bürokratie, der Ausschluss der Gewerkschaftsbasis von jeder Mitsprache sind (mit) die Folge des Fehlschlags im Oktober 1950. Angesichts dieser realen gesellschaftspolitischen Entwicklung wirkt die These von der „Rettung der Demokratie 1950“ heute geradezu komisch. Neben dem historischen Teil enthält die Broschüre auch einen Teil, der den aktuellen Bezug und die Bedeutung des Oktoberstreiks für die heutige Debatte um Streikrecht und Sozialpartnerschaft deutlich macht.

Zur aktuellen Diskussion über Zwangsarbeiter

Sklavenarbeit unterm Hakenkreuz

Jahrzehntelang wurde dieses Kapitel der österreichischen und deutschen Geschichte totgeschwiegen. Weder für Politik noch Wirtschaft bestand ein Handlungsbedarf. Schließlich sei ja Österreich nur das erste Opfer Hitlers und damit auch keinesfalls “Täter” gewesen. Das ist die Gründungslüge der 2. Republik, die einem schlampigen Verhältnis und einer de facto Nichtaufarbeitung dieses Teils der Geschichte Tür und Tor öffnete.

**VON ALBERT KROPP
SLP WIEN SÜD**

Erst seit 1998 österreichische Firmen konkret von hohen “Schadenersatzklagen” bzw. sogenannten Sammelklagen bedroht sind, rückte die Zwangsarbeiterthematik ins Zentrum der öffentlichen Debatte. Über Nacht erkannten Politik und Wirtschaft das

den Ansprüche als gedeckt sieht (auch die Frage nach Arisierung!) – womit wir wieder bei den Ablasszahlungen wären. Wieweit sich die “Privatindustrie” beteiligt ist noch offen, genauso wer die bis dato noch offenen 1,4 Milliarden Schilling übernimmt.

NEUES BUCH ERSCHIENEN
Das zum Thema “Zwangsarbeiter” bei



Unrecht, welches Menschen angetan wurde und drängten auf eine schnelle Lösung. Mittlerweile steht die Höhe der “Entschädigung” fest – 6 Milliarden Schilling; zwischengelagert im “Versöhnungsfonds”. Schon alleine dieser Begriff ist irreführend und erinnert an die mittelalterlichen Ablasszahlungen. Diese Menschen wurden zum Nutzen und für möglichst große Gewinne der Wirtschaft verschleppt, mißhandelt und ausgebeutet. Und bis heute hat sich die Wirtschaft der Verantwortung für diese Verbrechen entzogen. So ist es auch kein Wunder, dass gerade einmal die Hälfte(!) der 6 Milliarden aus der Wirtschaft kommen – den Rest zahlt der Bund. Ende August hat die ÖIAG bekannt gegeben, dass sie 1 Milliarde übernimmt und damit alle sie betreffen-

Deuticke neu erschiene Buch begnügt sich erfreulicherweise nicht mit dem Hantieren von Opferzahlen und dergleichen. Es setzt genau da an, wo jahrzehntelang aufgehört wurde – nämlich mit den Ursachen und Gründen für die Zwangsarbeit. Der Beginn wird dabei mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands gemacht. Neben spezifischen Bereichen, gibt das Buch aber auch einen guten Überblick über Themen wie die wirtschaftlichen Gründe für den “Anschluss” Österreichs an Deutschland. Alles in allem ein durchaus empfehlenswertes Buch, dass auch ohne grosse Vorkenntnisse sowohl einen guten Überblick als auch Detailwissen zur Thematik der Zwangsarbeiter bietet.

Sklavenarbeit unterm Hakenkreuz – Die verdrängte Geschichte der österreichischen Industrie

Keine Abo-Karte mehr?



Du kannst uns auch fernmündlich bzw. fernschriftlich erreichen!

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltun

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Dienstag um 19 Uhr Club International, 16, Payerg. 14
WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8
WIEN-SÜD: Jeden Freitag um 19 Uhr Harlikarnas, 5, Spengerg. 31
WIEN-NORD: Jeden Freitag um 20 Uhr “Ess’n&Trink’n”, 20, Jägerstr. 38
GEWERKSCHAFTSSTAMMTISCH: 15.9. Café Paganini, 9., Althansstr.9-11
FRAUENSTAMMTISCH: (nur für Frauen) Jeden 2. & 4. Montag im Monat, 19.00 Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Die JRE-Treffpunkte:

SAP: Jeden Montag um 19.30 Uhr Grünes Lokal; 6, Eckertg./ Ecke Dürerg.
JRE: Jeden Montag um 19.00 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Veranstaltungen im September

WIEN:
9.9., 14 Uhr, Szene Wien, 11., Haufgasse Österreichweites Vernetzungstreffen vom „Rosa Flieder“
10.9., „Die SLP tritt bei den Wahlen 2001 in Wien an“-Vorbereitungstreffen Details (Ort und genaue Uhrzeit telefonisch erfragen)
15.9., 18.30 Uhr: Café Paganini, 9., Althansstr. 9-11 „Wie gegen Privatisierungen kämpfen“
OBERÖSTERREICH:
29.9., 19 Uhr: AK Linz, Raum 204, Volksgartenstr. 240 „Widerstand - wie weiter?“

Demonstrationen im September:

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz, jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz (jede Woche geht’s durch andere Bezirke!)

IWF-TREFFEN IN PRAG: 26. bis 29.9. Anmeldungen im SLP-Büro

Internationale Schulungswoche des Komitees für eine ArbeiterInnenInternationale

Internationales KAI-Treffen in Belgien

250 GenossInnen aus über 20 Ländern kamen im Juli in Belgien zusammen, um eine Woche die zentralen Themen der revolutionären Bewegung zu erörtern. Es war die größte und jüngste Schulung des KAI seit mehr als 10 Jahren.

HARALD MAHRER
SLP WIEN NORD

Aus allen europäischen Sektionen waren sie angereist, aber auch aus Israel/Palästina, Australien und den USA. Es war schon ein Erlebnis zu hören, wie in Israel/Palästina von einem Mitglied eine Sektion mit 19 GenossInnen in ein-einhalb Jahren aufgebaut werden konnte. Oder wie eine zwanzigjährige irische Genossin berichtete, welche Anstrengungen die Partei unternimmt, um die Strukturen der Partei auf die Kandidatur bei Parlamentswahlen vorzubereiten. In Irland hatte unsere Schwesterpartei schließlich bereits ein Gewicht erreicht, das uns dazu zwingt in mehreren Wahlkreisen gleichzeitig anzutreten. Einen Rückzieher würde die ArbeiterInnenklasse nicht nachvollziehen können. Die GenossInnen aus Kasachstan konnten berichten, dass sich die größte ArbeiterInneninformation aufgrund der internationalen Solidaritätsarbeit weiterhin dem KAI solidarisch fühlt. Neben einer würdevollen Gedenkveranstaltung anlässlich des 60. Todestages des großen Revolutionärs Lev Davidovitch Bronstein (Leo Trotzki) wurden Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und der Welt, sowie Fragen der revolutionären Taktik diskutiert.

KRISE UND AUFSCHWUNG

Auch wenn die bürgerlichen PropagandistInnen erklären, dass die Aufwärtsentwicklung unbegrenzt weiter-

ginge, sind die ersten deutlichen Brüche sogar in den USA sichtbar. Nicht zuletzt die New Economy musste einige Rückschläge hinnehmen, wie die massiven Kursrückgänge am NASDAQ oder auch bei europäischen Telekomwerten zeigen. Selbst angesehene kapitalistische Kommentatoren in den USA warnen bereits vor einer Überhitzung der Konjunktur, ein deutliches Zeichen für ein bevorstehendes Ende des US-Booms. Ein solches Ende hätte allerdings gravierende Auswirkungen auf Europa. Der europäische Boom ist primär auf gestiegene Exporte, v.a. in die USA, zurückzuführen. Die Konsumtion in den USA ist auf einem Rekordniveau aber auf Pump und das seit Jahren. Das kann nicht ewig so weitergehen, diese Schulden holen die US-Firmen und Haushalte eher früher als später ein. Dazu kommt, dass die US-Firmen mehr als die Hälfte ihrer Kredite zum Rückkauf ihrer eigenen Aktien verwenden, um so die Kurse hochzuhalten. Auch das ist nicht unbedingt ein Zeichen für eine florierende Wirtschaft. Darüber hinaus kehrt auf die politische Bühne in den USA eine verschwunden geglaubte Macht zurück: Die ArbeiterInnenklasse. Steigende Mitgliedszahlen bei Gewerkschaften und mehr Streiks sind der klare Ausdruck dafür. Einige besonders ausgebeutete Schichten traten zum ersten Mal auf den Plan und konnten mit militanten Streikmaßnahmen zum Teil große Erfolge erzielen, wie zum Beispiel das Reinigungspersonal kalifornischer

Spitäler. Auch in anderen Ländern, etwa Irland oder Norwegen, versuchen ArbeiterInnen ihren Anteil am Aufschwung mit Streiks zu erkämpfen. Insgesamt eine instabile Situation für Weltwirtschaft, in der das Eintreten einer

Bürgerlichen gewechselt, neue Parteien sind nicht in Sicht. In diesem Vakuum kommt den kleinen revolutionären Parteien des KAI eine Doppelrolle zu. Einerseits müssen sie ihre eigenen Kräfte aufbauen und stärken, andererseits spie-

Risiken. Einerseits haben einige Sektionen des KAI die Chance in den nächsten Jahren zu Parteien mit zumindest regionaler Massenverankerung zu werden, andererseits birgt solch rasantes Wachstum das Risiko in ein opportuni-

Mehr als 250 TeilnehmerInnen aus aller Welt diskutierten eine Woche lang in Belgien bei der Sommerschulung des Komitees für eine Arbeiterinternationale



tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise nur noch eine Frage der Zeit ist.

DIE AUFGABEN REVOLUTIONÄRER PARTEIEN

Ein zentrales Element der politischen Situation weltweit ist die Absenz politischer Formationen der ArbeiterInnenklasse. Die alten Massenparteien sind überall ins Lager der

len sie an vielen Orten z.B. in Irland, Schweden, Belgien,... die Rolle einer kleinen Massenpartei ohne eine solche zu sein. Das heißt sie machen Massenarbeit, sie werden von den Massen beobachtet und sind ein zentraler Bestandteil der Klassenauseinandersetzung, und das obwohl sie eigentlich die Größe dazu gar nicht haben. Diese Situation eröffnet große Chancen, birgt aber auch enorme

stisches Fahrwasser zu geraten. Es wird die Aufgabe des gesamten KAI sein solche Entwicklungen genau zu beobachten und gegebenenfalls gegenzusteuern.

Neben der theoretischen Klärung, die diese Schulung brachte, war vor allem das jugendliche Gesicht des KAI beeindruckend. Belgien war eine Reise mehr als wert.

Das Bewusstsein entwickelt sich in Sprüngen – am Beispiel Israel

Neue ArbeiterInnenpartei

Noch vor wenigen Jahren war das Bewusstsein der israelischen ArbeiternehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen besonders schwach ausgeprägt. Die rassistische Spaltungspolitik der Regierung hat eine tiefe Kluft zwischen JüdInnen und AraberInnen geschlagen. Die "Privilegien" der JüdInnen gegenüber den AraberInnen und der Kriegszustand mit den arabischen NachbarInnen unterstützte die Propaganda der Bourgeoisie, wonach alle Jüdinnen und Juden im selben Boot saßen.

Die Rezession, die Mitte der Neunziger einsetzte, änderte das schnell. Vor allem der Umstand, dass, während sich die Unternehmer immer weiter bereicherten, ein "Privileg" nach dem anderen unter Beschuss kam, förderte die Entwicklung eines neuen Bewusstseins. Unter dem Schlagwort der "Globalisierung" übernahm die israelische Regierung die neo-liberale Politik, wie sie überall auf der Welt in den Neunzigern eingesetzt wurde. Privatisierungswellen, Flexibilisierung, Deregulierung, etc. setzten dem Lebensstandard der jüdischen ArbeiterInnen zu. Nach Jahrzehnten des "nationalen" Grundkonsens treten erstmals größere Bruchlinien zu Tage.

3 GENERALSTREIKS IN 4 JAHREN

Im Jahr 1996 wurde ein Gewerkschafter verhaftet. Dies löste einen Generalstreik aus, Busse blockierten Straßen, die Börse wurde von ArbeiterInnen lahmgelegt. Nach 5 Stunden wurde der Gewerkschafter wieder auf freien Fuß gesetzt. Die ArbeiterInnenklasse Israels verspürte erstmals ihre kollektive Macht. Seit 1996 gab es in drei von vier Jahren jeweils einen Generalstreik und auch die Gründung einer neuen ArbeiterInnenpartei.

Gerade die Entwicklung dieser ArbeiterInnenpartei bestätigt die These der sprunghaften Entwicklung des Bewusstseins. Gegründet wurde sie von eher rechten Gewerkschaftsbürokraten.



Bei vielen ArbeiterInnen herrschte die Idee vor, eine Lobby für ArbeiterInnen zu schaffen. Als Beispiel nahmen sie den Einfluss der ultrareligiösen, deren Erfolge sie auf guten Lobbyismus zurückführten. Die ArbeiterInnen sahen sich als Interessengruppe unter vielen. Heute ist die Idee, nicht bloß eine Interessengruppe unter vielen zu sein, sondern die größte soziale Klasse im Land, weit ver-

breitet. Ein Ergebnis der objektiven Entwicklung in Israel und zu einem gewissen Grad auch der Interventionen unserer GenossInnen.

Das Bewusstsein der ArbeiterInnen überholt in vielen Punkten bereits jenes der FührerInnen der ArbeiterInnenpartei und so wächst die Kritik an der Parteispitze. Unsere israelische Sektion konnte durch die richtige Intervention in die Bewegungen von 1 Genossen vor 2 Jahren auf 19 GenossInnen heuer anwachsen. Der Genosse, der vor zwei Jahren allein in Israel war, ist selbst ein Beispiel für die sprunghafte Entwicklung des Bewusstseins. Er erklärte damals es sei unmöglich eine marxistische Partei in Israel aufzubauen, kurze Zeit später legte er durch seine Interventionen die Grundsteine für die rasante Entwicklung



Parlamentsarbeit in Irland

Mandate nutzen

In Irland hat unsere Partei (Socialist Party) durch die mediale Präsenz unseres Parlamentsabgeordneten Joe Higgins nationale Bedeutung und Bekanntheit erlangt. Sie hat jetzt in mehreren Städten Ortsgruppen, wo sie noch vor zwei Jahren keinen einzigen/n GenossIn hatten.

Die Socialist Party, spielte in allen wichtigen Auseinandersetzungen der letzten Jahre eine Rolle. Vor allem durch Joe Higgins' Unterstützung für verschiedene Streiks und Kampagnen erarbeitete sie sich einen guten Ruf in breiteren Schichten der irischen ArbeitnehmerInnen.

Unsere GenossInnen wollten eigentlich aus Ressourcengründen nur in zwei Wahlkreisen zur nächsten Wahl fürs irische Parlament antreten. Der Druck aus der Klasse zwingt uns dennoch die Verantwortung zu übernehmen und in mindestens fünf Wahlkreisen KandidatInnen zu stellen. Es ist reali-



Die LokomotivführerInnen führten z.B. einen wilden Streik, der enorme Aufregung in den Medien und der Politik verursachte. Die Streikenden veröffentlichten Joe Higgins' Rede dazu im Parlament als Flugschrift und verteilten sie an alle KollegInnen.

stisch, dass einE zweiterR KandidatIn ins Parlament einzieht. In Irland besteht die Möglichkeit, dass sich unsere Partei in der nächsten Periode zu einer kleinen Massenkraft mit eingen tausend Mitgliedern entwickelt.

2 Fliegen mit einem Schlag – G8 und IWF Treffen in Prag!

Das FBI macht in der tschechischen Hauptstadt Prag eine Zweigstelle – ein Informationsbüro – auf. Alle Schulklassen sind angehalten, eine Woche außerhalb der Stadt zu verbringen. Die Prager Innenstadt wird abgeriegelt. Die Stadtregierung vermietet ein Fußballstadion an eine Privatfirma, die dann Unterkunft für DemonstrantInnen zur Verfügung stellt. Hintergrund? Das Treffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 26. bis 29. September in Prag.

VON KEN HORVATH
SLP WIEN NORD

Die Vorgeschichte: Letzten November hatten Zigtausende in Seattle gegen die WTO demonstriert. Im April gingen gut 20.000 Menschen in Washington gegen IWF und Weltbank auf die Straße. Anfang August ein ähnliches Bild: Jugendliche, GewerkschafterInnen und Umweltschutzorganisationen protestieren parallel zum Wahlkampfauftakt der Republikaner in Philadelphia. Und zwei Wochen später wird auch der Parteikonvent der Demokraten von Protesten begleitet. Carlos Petroni, Mitglied der US-amerikanischen "Socialist Alternative", sieht diese Ereignisse als Schwelle zu einer neuen politischen Periode in den USA. "Nicht was an diesen Tagen passiert ist, sondern das, was sich hinter dem tagespolitischen Geschehen verbirgt, macht diese neue Ära aus. Die Ereignisse sind nur die Spitze des Eisbergs", kommentiert er die Proteste.

DEMOS GEGEN DAS ESTABLISHMENT

Dementsprechend blieben die Demonstrationen in den USA nicht auf IWF & Co. beschränkt. Sie richteten sich auch gegen die etablierten Parteien. Der Unmut über deren Politik kanalisiert sich derzeit im Wahlkampf vom Grünen Präsidentschaftskandidaten Ralph Nader, der einige soziale Fragen aufgegriffen und sich klar gegen die Politik der multinationalen Konzerne ausgesprochen hat.

IWF – Wurzel des Übels?

"Auch in Prag darf nicht nur gegen IWF und Weltbank protestiert werden. Deren Druck auf die tschechische Regierung ist nicht der entscheidende. Der Großteil des Sozialabbaus wird hier im Namen der EU-Osterweiterung durchgeführt", meint Petr Jindra von der "Socialisticka alter-

soll Polizeigewalt legitimiert werden.

DABEI SEIN IST ALLES!

Aus dem gesamten EU Raum, einer Reihe von osteuropäischen Ländern und sogar den USA wird nach Prag mobilisiert. Und zwar gleich zu zwei Terminen. Am 23. und 24. September treffen sich dort Vertreter der G8 (die reichsten 7 Staaten plus Rußland).

Parallel finden Protestaktionen statt, zu denen u.a. 4000 Mitglieder der italienischen Rifondazione Comunista kommen wollen. Am 26. beginnt dann das eigentliche IWF Treffen. Für diesen Tag werden die radikalsten Demonstrationen erwartet – und wir sind mit dabei!

Informationen sind unter www.slp.at und unter **01-524 63 10** zu erhalten.



VON TOM HORVATH
SLP WIEN MITTE

Die Maßnahmen erfüllen weit mehr als die Tagung zu schützen. Einerseits werden potentielle DemonstrantInnen abgeschreckt, andererseits werden diese in

den Augen der Bevölkerung kriminalisiert.

In dieselbe Richtung geht die Berichterstattung der Medien. Während des Parteikonvents der Demokraten in Los Angeles haben GewerkschafterInnen, Jugendliche und UmweltschützerInnen eine Woche lang demonstriert. Ausführlich berichtet wurde nur einmal: als es nach einem Rage-Against-the-Machine Konzert zu Straßenschlachten zwischen Polizei und DemonstrantInnen kam.

In Österreich finden seit Monaten Demonstrationen gegen die blauschwarze Regierung statt. Und auch hier wurde selektiv Bericht erstattet: Die seltenen direkten Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt waren Schwerpunkt der Medienberichte. Der Grund der Demonstrationen ist höchstens Hintergrund der Berichterstattung. Resultierendes Bild: DemonstrantInnen sind rücksichtslos und gewaltbereit.

Auf der einen Seite dürfen wir uns von der Panikmache nicht einschüchtern lassen. Andererseits sehen wir genau, von wem die Gewalt ausgeht: Vom Staat und seiner Polizei.

So ging auch in Seattle (Nov. 99), wie in Washington (April 00) und jüngst in Los Angeles die physische Gewalt eindeutig von den "Staats-Rambos" in Uniform aus. Vor dieser Gewalt gilt es, sich zu schützen; wir haben keine Polizei und keine Massenmedien. Für uns kann nur gelten: Gemeinsam sind wir stark(stärker) – gemeinsam gegen Staatsgewalt und Repression. Gegen IWF und Weltbank – AUF NACH PRAG!

Rambo-Polizisten:
Von Seattle über
Wien bis Prag sind
sie Teil des
Systems.

Die Sozialistische LinksPartei – Wer wir sind und was wir wollen:

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn ÖS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf

und Familie.

- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchgesetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen

- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.